

**Verordnung
des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus
über die Gewährung von Zuschüssen für Schulen in freier Trägerschaft
(Zuschussverordnung - ZuschussVO)**

Vom 26. Mai 2016

Auf Grund des § 20 Nummer 5 bis 13, 16, 18 und 19 des [Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft](#) vom 8. Juli 2015 (SächsGVBl. S. 434) verordnet das Staatsministerium für Kultus:

§ 1

Zahl der Unterrichtsstunden

¹Die Zahl der Unterrichtsstunden gemäß § 14 Absatz 3 Satz 1 des [Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft](#) ergibt sich aus der Anlage. ²Für berufsbildende Förderschulen gilt die Zahl der Unterrichtsstunden der sonstigen berufsbildenden Schulen entsprechend, sofern sich aus der Anlage nichts anderes ergibt.

§ 2

Berechnung des durchschnittlichen Jahresentgeltes

¹Die Zuordnung der Besoldungsgruppen zu den entsprechenden Entgeltgruppen für die Berechnung des Jahresentgeltes gemäß § 14 Absatz 3 Satz 4 des [Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft](#) erfolgt gemäß Punkt 1 Absatz 1 Satz 3 der Anlage zum Tarifvertrag über die Eingruppierung und die Entgeltordnung für die Lehrkräfte der Länder vom 28. März 2015 in der jeweils geltenden Fassung. ²Die Besoldungsgruppe A16 wird der Entgeltgruppe E 15Ü zugeordnet.

§ 3

Zahl der Jahreslehrerstunden

Die Zahl der Jahreslehrerstunden gemäß § 14 Absatz 3 Satz 1 des [Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft](#) wird wie folgt festgelegt

1. Grundschule: 1 080,
2. allgemeinbildende Förderschule: 1 000,
3. Oberschule: 1 040,
4. Gymnasium: 1 040,
5. ausschließlich theoretischer Unterricht an einer berufsbildenden Schule einschließlich berufsbildender Förderschulen: 1 040,
6. ausschließlich fachpraktischer Unterricht an einer berufsbildenden Schule einschließlich berufsbildender Förderschulen: 1 040,
7. fachliche Begleitung von Praktika oder berufspraktischen Ausbildungen an einer berufsbildenden Schule einschließlich berufsbildender Förderschulen: 1 040,
8. Abendoberschule: 1 000,
9. Abendgymnasium: 960 und
10. Kolleg: 1 040.¹

§ 4

Stellenanteile der pädagogischen Unterrichtshilfen

Für die Zahl der Stellenanteile pro Klasse gemäß § 14 Absatz 4 des [Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft](#) sind die Planungsvorgaben für die Zuweisung von Stellen für pädagogische Unterrichtshilfen der für das jeweilige Schuljahr geltenden [VwV Bedarf und Schuljahresablauf](#) zugrunde zu legen.

§ 5

Zahl der Klassenstufen

¹Für die Zahl der Klassenstufen gemäß § 14 Absatz 3 Satz 1 des [Sächsischen Gesetzes über Schulen in](#)

freier Trägerschaft ist die Zahl der Klassenstufen oder Jahrgangsstufen des entsprechenden Bildungsgangs einer Schule in öffentlicher Trägerschaft im Freistaat Sachsen maßgebend. ²Ergänzend wird folgende Zahl festgelegt

1. allgemeinbildende Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen: 9,
2. Klinik- und Krankenhausschule: 1,
3. Abendoberschule: 2 und
4. Abendgymnasium und Kolleg: 4.

³Wird eine vollzeitschulische Ausbildung in Teilzeit durchgeführt, ist rechnerisch die entsprechend erhöhte Zahl der Klassenstufen oder Jahrgangsstufen zugrunde zu legen.

§ 6 Zahl der Schüler je Klasse

¹Die Zahl der Schüler je Klasse gemäß § 14 Absatz 3 Satz 1 des **Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft** wird wie folgt festgelegt

1. allgemeinbildende Förderschule mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung: 7,
2. allgemeinbildende Förderschule mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung: 11,
3. allgemeinbildende Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen: 13,
4. allgemeinbildende Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Sprache: 11,
5. Klinik- und Krankenhausschule: 6 und
6. Gymnasium, Berufliches Gymnasium, Abendgymnasium und Kolleg: 22.

²Im Übrigen gelten die Richtwerte für die Klassenbildung gemäß § 5 Absatz 4 und der Anlage zur **Sächsischen Schulnetzplanungsverordnung** vom 10. Juli 2017 (SächsGVBl S. 395), in der jeweils geltenden Fassung.²

§ 7 Verfahren zur Bestimmung des Erhöhungsprozentsatzes für Mehrfach- und Schwerstmehrfachbehinderte

¹Das Verfahren zur Bestimmung des Erhöhungsprozentsatzes gemäß § 14 Absatz 2 Satz 2 Nummer 4 des **Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft** wird durch die Schulaufsichtsbehörde entsprechend des Verfahrens zur Bestimmung des Umfangs der zusätzlichen sonderpädagogischen Förderung an Schulen in öffentlicher Trägerschaft nach der für das jeweilige Schuljahr geltenden VwV Bedarf und Schuljahresablauf durchgeführt. ²Der zusätzliche sonderpädagogische Förderbedarf wird dabei einzelfallbezogen durch die Schulaufsichtsbehörde insbesondere anhand der folgenden Kriterien bestimmt

1. Intensität der notwendigen Förderung: dabei wird zwischen einem intermittierenden, einem zeitlich limitierten, einem umfangreichen oder einem weitreichenden, hochintensiven Bedarf unterschieden und insbesondere berücksichtigt, ob neben den schulischen Fördermaßnahmen zudem Professionen für weitere Maßnahmen zu beteiligen sind,
2. besondere Bedürfnisse,
3. Höhe des Versorgungsmehrbedarfs und
4. Aufwand einer multiprofessionellen Arbeitsgruppe: dabei wird berücksichtigt, wie hoch der zeitliche Aufwand für Absprachen im multiprofessionellen Team ist und welche Professionen einbezogen werden müssen.

§ 8 Antragstellung und Stichtage für die Schülerzahlmeldungen

(1) ¹Der erste Antrag auf staatliche Finanzhilfe kann zeitgleich mit dem Antrag auf Genehmigung gemäß § 4 des **Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft** bei der Schulaufsichtsbehörde gestellt werden; dabei ist ein Nachweis der Gemeinnützigkeit zu erbringen, wenn die Schulaufsichtsbehörde nicht darauf verzichtet. ²Im Juli vor Beginn des Schuljahres, für das erstmalig der Zuschuss vorgesehen ist, ist der Antrag für jeden Bildungsgang um die Anzahl der angemeldeten Schüler zu ergänzen. ³Die Anzahl der Schüler, für die voraussichtlich eine Kostenerstattung durch einen anderen öffentlichen Träger erfolgen

wird, ist gesondert auszuweisen.

(2) Anträge auf staatliche Finanzhilfe sind jährlich spätestens am 19. Oktober des Schuljahres, für das der Zuschuss gewährt werden soll, bei der Schulaufsichtsbehörde zu stellen.

(3) ¹Der Schulträger hat der Schulaufsichtsbehörde mit Stichtag 10. Oktober spätestens am 24. Oktober schriftlich für jeden Bildungsgang die Zahl der gemäß § 14 Absatz 1 und 2 des **Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft** beschulten Schüler zu melden. ²Schüler, für die eine Kostenerstattung durch einen anderen öffentlichen Träger erfolgt oder die an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme der Bundesagentur für Arbeit teilnehmen, und Schüler gemäß § 14 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 bis 5 des **Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft** sind jeweils gesondert auszuweisen. ³Auf Anforderung der Schulaufsichtsbehörde sind die Schüler, für deren Beschulung staatliche Finanzhilfe beantragt wird, namentlich gelistet zu benennen. ⁴Den Meldungen sind Nachweise über die gebildeten Klassen, Kurse und Gruppen nach Klassenstufen und Jahrgangsstufen unter Angabe der jeweiligen Zahl der Schüler beizufügen. ⁵Der Schulträger einer berufsbildenden Schule einschließlich der berufsbildenden Förderschule hat darüber hinaus der Schulaufsichtsbehörde den Sätzen 1 bis 4 entsprechende Meldungen mit Stichtag 5. Mai spätestens am 19. Mai vorzulegen. ⁶Fällt ein Stichtag auf einen unterrichtsfreien Tag, gilt der letzte vorhergehende Unterrichtstag als Stichtag.

(4) ¹Die Schulaufsichtsbehörde kann mit dem Schulträger abweichend von Absatz 3 monatliche Stichtage vereinbaren. ²Ist mit erheblichen Schwankungen der Anzahl der Schüler im laufenden Schuljahr zu rechnen, kann die Schulaufsichtsbehörde den Schulträger zu monatlichen Meldungen verpflichten. ³In den Fällen der Sätze 1 und 2 melden die Schulträger mit Stichtag 15. ⁴des Monats zum Ende des Monats. ⁵Absatz 3 Satz 6 gilt entsprechend.

(5) Der Schulträger hat unrichtige Schülerzahlmeldungen unverzüglich zu berichtigen.

§ 9

Auszahlung der staatlichen Finanzhilfe

(1) ¹Für die Berechnung des Zuschusses ist der Durchschnitt der zu den Stichtagen gemäß § 8 Absatz 3 Satz 1, 5 und 6 oder Absatz 4 festgestellten Schülerzahlen maßgeblich. ²Über die Bewilligung entscheidet die Schulaufsichtsbehörde vorbehaltlich des Absatzes 3 spätestens im Oktober für das abgelaufene Schuljahr, in dem die Auszahlungen gemäß § 13 Absatz 5 des **Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft** erfolgten.

(2) Die gemäß § 13 Absatz 5 Satz 2 und 3 Halbsatz 1 des **Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft** zu leistenden Abschläge zahlt die Schulaufsichtsbehörde monatlich in Höhe jeweils eines Zwölftels des auf der Grundlage von Schülerzahlmeldungen des Schulträgers errechneten voraussichtlichen Zuschusses für das Schuljahr aus.

(3) Liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass die tatsächlichen Schülerzahlen von den Schülerzahlmeldungen des Schulträgers abweichen, kann die Schulaufsichtsbehörde bis zur Ermittlung der tatsächlichen Schülerzahlen von einer Entscheidung gemäß Absatz 1 Satz 2 absehen und die Höhe der Abschläge auf der Grundlage von Schätzungen festlegen.

(4) ¹Die Auszahlung des Zuschusses gemäß § 13 Absatz 5 Satz 3 Halbsatz 2 des **Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft** erfolgt in drei gleichen Teilen jeweils zum 15. August, soweit die Schule im jeweiligen Schuljahr noch betrieben wird. ²Die erstmalige Auszahlung erfolgt am 15. August nach Ablauf des ersten Schuljahres, in das keine Wartefrist mehr fällt.

§ 10

Mitwirkungspflicht

(1) ¹Die Schulträger haben im Rahmen der Mitwirkungspflicht gemäß § 16 des **Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft** Angaben zu den Einnahmen und Ausgaben im abgelaufenen Schuljahr getrennt nach

1. Grundschulen,
2. Oberschulen und Abendoberschulen,
3. Gymnasien, Abendgymnasien, Kollegs,
4. Freie Waldorfschulen,
5. a) allgemeinbildenden Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Sehen,
b) allgemeinbildenden Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Hören,

- c) allgemeinbildenden Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung,
 - d) allgemeinbildenden Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung,
 - e) allgemeinbildenden Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen,
 - f) allgemeinbildenden Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Sprache,
 - g) allgemeinbildenden Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung sowie
 - h) Klinik- und Krankenhausschulen,
6. berufsbildenden Schulen und
7. berufsbildenden Förderschulen

an das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen bis zum 30. April des dem abgelaufenen Schuljahr folgenden Jahres zu übermitteln. ²Betreibt ein Schulträger an mehreren Standorten Schulen, sind diese unter Beachtung von Satz 1 zusammenzufassen. ³Die auf Grund des Finanzierungsbescheides gewährte staatliche Finanzhilfe ist auch dann der Meldung zugrunde zu legen, wenn der Finanzierungsbescheid noch nicht bestandskräftig ist. ⁴Ist ein Finanzierungsbescheid noch nicht erlassen, sind die Abschlagszahlungen zu melden.

(2) ¹Die Schulträger haben folgende Angaben zu übermitteln

1. Einnahmen:
 - a) Einnahmen gemäß dem Sächsischen Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft,
 - b) Einnahmen aus dem Schulbetrieb und
 - c) andere Einnahmen und
2. Ausgaben:
 - a) Personalausgaben,
 - b) Abschreibungen aktivierungspflichtiger Wirtschaftsgüter,
 - c) laufende, nicht aktivierungspflichtige Aufwendungen,
 - d) Nutzungs- und Bewirtschaftungskosten,
 - e) unterrichtsbezogene Sachausgaben und
 - f) Sonstiges.

²Das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen kann eine weitere Untergliederung vorgeben.

(3) Wollen die Träger von berufsbildenden Förderschulen für Blinde und Sehbehinderte sowie für Hörgeschädigte den Nachweis nach § 22 Absatz 6 Satz 2 des [Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft](#) führen, übermitteln sie dazu die Angaben nach den Absätzen 1 und 2 auch an die Schulaufsichtsbehörde.

§ 11 Zurückbehaltungsrecht

Werden die nach § 8 erforderlichen Unterlagen nicht fristgerecht vorgelegt, kann die Schulaufsichtsbehörde weitere Auszahlungen bis zur Vorlage zurückbehalten.

§ 12 Aufbewahrungspflicht

Der Schulträger ist verpflichtet, bis zum Ablauf von fünf Jahren nach Bestandskraft der Bewilligung des Zuschusses sämtliche Nachweise zur Zahl der beschulten Schüler aufzubewahren; dazu zählen insbesondere Anwesenheitsnachweise, Beschulungsverträge und Kündigungsschreiben.

§ 13 Formulare

Werden Formulare durch

1. die Schulaufsichtsbehörde für den Antrag auf staatliche Finanzhilfe und die Meldung der Schülerzahlen gemäß § 8 oder
2. das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen für die elektronische Erfassung der Daten für die Mitwirkungspflicht gemäß § 10

vorgegeben, sind diese zu verwenden.

§ 14 Übergangsvorschrift

(1) Abweichend von § 8 Absatz 3 Satz 1 wird für das Schuljahr 2015/2016 der 15. Oktober 2015 als erster Stichtag festgelegt; die schriftliche Meldung muss bis spätestens 1. November 2015 erfolgt sein.

(2) Schulträger, die im Schuljahr 2015/2016 Bildungsgänge in der Wartefrist betreiben, können den Antrag auf erstmalige Finanzierung bis spätestens 15. Juli 2016 unter Beachtung der Vorgaben von Absatz 1 und § 8 Absatz 3 und 4 stellen.

§ 15 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

¹Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 2015 in Kraft. ²Gleichzeitig tritt die [Zuschussverordnung](#) vom 16. Mai 2007 (SächsGVBl. S. 176), die zuletzt durch die Verordnung vom 30. Mai 2013 (SächsGVBl. S. 479) geändert worden ist, außer Kraft.

Dresden, den 26. Mai 2016

Die Staatsministerin für Kultus
Brunhild Kurth

Anlage³

-
- 1 § 3 geändert durch [Artikel 2 der Verordnung vom 7. August 2017](#) (SächsGVBl. S. 456) und durch [Artikel 2 der Verordnung vom 21. Juni 2019](#) (SächsGVBl. S. 476)
 - 2 § 6 geändert durch [Artikel 2 der Verordnung vom 7. August 2017](#) (SächsGVBl. S. 456)
 - 3 Anlage geändert durch [Artikel 2 der Verordnung vom 7. August 2017](#) (SächsGVBl. S. 456), durch [Artikel 2 der Verordnung vom 8. August 2018](#) (SächsGVBl. S. 547) und durch [Artikel 2 der Verordnung vom 21. Juni 2019](#) (SächsGVBl. S. 476)

Änderungsvorschriften

Änderung der Zuschussverordnung

Art. 2 der Verordnung vom 7. August 2017 (SächsGVBl. S. 456)

Änderung der Zuschussverordnung

Art. 2 der Verordnung vom 8. August 2018 (SächsGVBl. S. 547)

Änderung der Zuschussverordnung

Art. 2 der Verordnung vom 21. Juni 2019 (SächsGVBl. S. 476)